

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 15 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Verbands-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(1914-1915)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Gesetzblatt, 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.  
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.  
Verleger: Kurt Alexander, Nr. 1738.

Nr. 1/2.

Berlin, Sonnabend, 5. Januar 1918.

Fünfundzigster Jahrgang

## Inhalts-Verzeichnis.

Freiheitlich-national. — Deutsches Wirtschaftsleben 1917. — Die Wirklichkeit der Genossenschaften in der Lebensmittelverteilung. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands-Verzeichnis. — Anzeigen.

Zum Jahreswechsel sind dem Zentralrat und dem geschäftsführenden Ausschuss zahlreiche Glückwünsche nicht nur aus allen Teilen des Reiches, sondern auch von selbstvertrauten Kollegen, die in Feindesland stehen, zugesandt worden. Da es unmöglich ist, allen denen, die in so freundlicher und kollegialer Weise der Verbandsleitung gedacht haben, persönlich zu danken, muß dieser Weg gewählt werden, den herzlichsten Dank für die erwiesene Aufmerksamkeit zum Ausdruck zu bringen.

Der geschäftsführende Ausschuss:  
Gustav Sartmann.

## Freiheitlich-national.

Von Gustav Sartmann.

Der im Jahre 1907 in Berlin abgehaltene Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine hat ein allgemeines neuzeitliches Programm als Richtlinien für die Organisation beschlossen, in dem sich auch folgende Sätze finden:

„Die Gewerksvereine stehen auf nationalem Boden. Sie erwarten daher die Befestigung der Arbeiterfrage nicht von einer internationalen Betrachtung; wohl aber erstreben sie den Austausch der Erfahrungen mit ausländischen Gewerksvereinen und die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen. Die Gewerksvereine sollen, um die Durchführung ihrer Aufgaben wirksam zu fördern, alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen. Sie sind mithin religiös neutral und parteipolitisch unabhängig. Die grundlegende Richtung der Gewerksvereine ist eine vollständig freiheitliche.“

Zu dieser programmatischen Erklärung nahm dann derselbe Verbandstag noch eine Entschließung an, die wir zur Kennzeichnung der Stellung der Deutschen Gewerksvereine zu den politischen Parteien und zur Kirche in vollem Wortlaut wiedergeben wollen:

„Der 16. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) erklärt es für eine Pflicht aller Gewerksvereine, den alten, bewährten und allein zukunftswirksamen Grundgedanken der partei- und kirchenpolitischen Unabhängigkeit als die Eigenart unserer Organisation aufrecht zu erhalten.“

Die grundlegende Richtung der Gewerksvereine ist eine vollständig freiheitliche, sie wollen, bei Wahrung voller Toleranz, mitwirken, die Menschheit zu geistiger Freiheit, gesteigerter wirtschaftlicher Kraft und wachsendem Wohlstand hinauszuführen. Der Verbandstag fordert daher alle seine Glieder und Organe auf, in höchstem Maße energisch zu wirken. Die Gewerksvereine werden ferner aufgefordert, darauf zu dringen, daß die

Mitglieder ihre Pflicht als Staatsbürger erfüllen durch Eintritt in die entsprechenden politischen Wahlvereine und in diesen mit Besonnenheit, aber voller Energie sich für die Bewirtlichung der Gewerksvereinsforderungen betätigen. Das soll geschehen auf dem Boden des deutschen Vaterlandes, dessen Ansehen, Kraft und Größe zu fördern, uns als eine Ehrensache für alle deutschen Arbeitnehmer gilt.“

Sowohl die angeführten Sätze aus dem Programm, wie auch die weitere Entschiedenheit sind im Grunde genommen nichts anderes als eine Wiederholung dessen, was schon den Gründern der Deutschen Gewerksvereine vor Augen stand. Seit dem Bestehen der Deutschen Gewerksvereine also wurden diese Gedanken von ihnen grundsätzlich stets vertreten. Durch diese Beschlüsse des Verbandstages vom 1907 sind sie nur klarer umrissen und festgelegt worden. Um den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen und unrichtigen Auffassungen über die Deutschen Gewerksvereine zu begegnen, die gerade in jener Zeit auch in den eigenen Reihen bemerkbar wurden, erschien eine derartige bestimmte Stellungnahme geboten. Seit jener Zeit haben wir den freiheitlich-nationalen Charakter als Eigenart unserer Organisation stärker betont, als es vordem geschehen ist. Die Gründe hierfür brauchen an dieser Stelle nicht näher besprochen zu werden. Darauf kommt es auch hier nicht an, sondern wir glauben einmal näher darlegen zu sollen, wie man den Begriff „freiheitlich-national“ zu verstehen, was man sich darunter vorzustellen hat.

In dem Aufruf an die deutschen Arbeiter, der im Jahre 1888 zur Gründung von Gewerksvereinen aufforderte, steht u. a. der Satz:

„Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Freiheit das höchste, unveräußerliche Gut.“

In diesen Worten haben wir nicht nur treu festgehalten all die langen Jahre hindurch, trotz so vieler Mißdeutungen, sondern wir haben auch die Benutzung, daß ihr Wert und ihre Wahrheit gerade jetzt, nach so langer Kriegsdauer, in der auch die deutsche Arbeitererschaft ihr Alles in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, recht augenfällig gekennzeichnet worden sind. Es geht denn auch nicht an, daß man der deutschen Arbeitererschaft noch länger die Freiheit vorenthält, nach der sie jahrzehntlang gestrebt und die sie durch ihr ganzes Verhalten in harter Zeit redlich verdient hat.

Freiheitliche Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses und der Staatsbürgerrechte, das sind alle Forderungen unserer Organisation in neuem Gewande, die heute besonders scharf an die Tür der Zeit pochen und denen man diese nicht länger verschließen darf. Wer den Vorwurf nicht auf sich nehmen will, ein Hindernis zu sein, daß nach dem allseitig gebrauchten Opfer auch eine gerechte und vorurteilslose Behandlung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Standes durchgeföhrt wird, der muß sein Ganzes einsetzen, um veraltete Vorrechte Einzelner und die in öfter gestellten Volksschichten noch weit verbreiteten Vorrechte Hohenburgen und an ihre Stelle Gleichberechtigung und Befreiung von Vormundenschaft und Herrschaft zu setzen.

Die freiheitliche Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses stellen wir dabei in den Vordergrund, wobei es sich hier weniger um das Arbeitsverhältnis an sich, um direkte Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit handelt, als vielmehr um die Stellung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer

oder den Produktionsleiter überhaupt. Es kann und soll nicht geleugnet werden, daß der Produktionsleiter in der Industrie, also derjenige, der über die sachlichen Produktionsmittel verfügt, auch das Bestimmungsrecht über diese selbst, die innere Gestaltung des Warenherstellungsvorganges, also der Warenherstellung, besitzen muß. Die Beteiligung der Arbeitskräfte innerhalb des Betriebes, die Verwendung der Materialien, Maschinen und Werkzeuge soll eigene Sache des Unternehmens bzw. des Produktionsleiters sein. Nicht aber kann ihm das uneingeschränkte Recht zugestanden werden, die Arbeitsbedingungen einseitig, nur von seinem Standpunkt aus und nach seinem Willen festzusetzen oder gar das Privatleben des Arbeiters überhand zu lassen, und seine wirtschaftliche Uebermacht zu benützen, um dem Arbeiter vorzuschreiben, was er als Mensch und Staatsbürger zu tun und zu lassen hat. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation und zu einer politischen Partei ist ureigenste Sache des Arbeiters selbst. Der Produktionsleiter hat keinesfalls das Recht, dem Arbeiter vorzuschreiben, wo er sich zur Wahrung seiner Interessen und seiner Sache zu organisieren hat. Das muß der freien Ueberzeugung des Arbeiters, seinem eigenen Belieben überlassen bleiben. Denn es steht mit der Arbeit im Betrieb in gar keinem Zusammenhang und darf deshalb nicht dazu mißbraucht werden, die Beschäftigung des Arbeiters in irgend einer Art hierbinnen abhängig zu machen. Die arbeitende Bevölkerung ist zur Gewinnung ihres Unterhalts auf die Benutzung und Bewertung von Arbeitsmöglichkeiten und auf deren Erhaltung angewiesen. Das gibt dem Produktionsleiter aber kein Recht, seine Macht zur Herrschaft über die Arbeiter auszuüben. Lediglich die Arbeitsleistung innerhalb des Betriebes darf vom Unternehmer in Anspruch genommen und beaufsichtigt werden. Dagegen ist die Tätigkeit des Arbeiters außerhalb des Betriebes durchaus Sache des Arbeiters selbst, die den Unternehmer nichts angeht, selbst wenn er sich vielleicht in seinem Rechtsstandpunkt beeinträchtigt glaubt. Zur Warenherstellung gehören zwei Teile, Unternehmer und Arbeiter. Der Erstere braucht die Arbeiter, wenn er Ware herstellen lassen und auf den Markt bringen will; der Zweite stellt dem Unternehmer seine Arbeitskraft zur Verfügung, wofür er seinen Lohn erhält. Darüber hinaus haben Beide nur insoweit etwas miteinander gemein, als sie in gleicher Weise an der Entwicklung des Geschäftes und an der glänzigen Lage, der Konjunktur interessiert sind. Alles andere geht über den Rahmen des Arbeitsverhältnisses hinaus: eine Einmischung in das Privatleben und die Privatrechte des Arbeiters muß dem Unternehmer oder Produktionsleiter unbedingt verboten sein. Das sogenannte patriarchalische Verhältnis, das im Handwerk und im Kleinbetrieb früher bestand, hat jetzt keinen Boden mehr; den Arbeitern ist in ihren Organisationen eine bessere Hilfe erstanden, als sie früher der Arbeitgeber als Wohltäter gewähren konnte und stellenweise auch ausübt. Die immer mehr umfangreichere Entwicklung zur Großindustrie hat mit dem patriarchalischen System völlig gebrochen. Hier gilt der einzelne Arbeiter nicht mehr als einen kleinen Teil des ganzen Betriebsmechanismus, der sofort wieder ersetzt werden kann, wenn er verdrängt ist. Hier kann ihm nur seine Organisation und deren Einrichtungen die notwendige Hilfe liefern. Die persönliche Freiheit des Arbeiters in der Auswahl der Organisation, sowohl der wirtschaftlichen wie der politischen, ist

daher sein ureigenes, unveräußerliches Recht, das ihm garantiert werden muß, für das er kämpft und dessen Verteidigung jeder zum Selbstbewußtsein herangebildete Arbeiter rücksichtslos auszuüben hat. Es ist daher auch mit aller Entschiedenheit zu verurteilen, wenn der Unternehmer seine wirtschaftliche Macht dazu mißbraucht, den Arbeiter, ob offen oder verdeckt, unter Androhung der Entlassung, zum Beitritt in eine seiner Lieberzeugung nach ungewöhnlichen Vereinigung wirtschaftlicher oder politischer Art zu zwingen und ihn seine Abhängigkeit unter Androhung der Existenzbeschränkung fühlen zu lassen. Das führt schließlich auch zur Hebung und zur Verderbtheit des Charakters, beeinträchtigt die Freude an der Arbeit und verschärft den Gegensatz zwischen Arbeiter und Arbeitgeber immer mehr. Die bisher von vielen Unternehmern angewandten Zwangsmittel zum Beitritt in die „gelben“ Vereinigungen sind deshalb unter allen Umständen zu vermeiden und bedeuten nicht mehr und nicht weniger als einen glatten Verstoß gegen die alten Sitten. Das sollte muß aber auch geahndet werden, wenn seitens der Arbeiter ein andersdenkendes Vorgehen gegenüber brutale Zwangsmittel angewendet werden, um sie zum Beitritt oder zum Uebertritt in eine Organisation zu nötigen, deren Tendenz ihren persönlichen Anschauungen zuwiderläuft. Der Begriff der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes darf auch unter den Arbeitern der verschiedenen Richtungen nicht zur Waffe und zur Scheinlei herabgewürdigt werden.

(Fortsetzung folgt.)

### Deutsches Wirtschaftsleben 1917.

Nach den Voraussetzungen unserer Feinde sollte das Jahr 1917 für Deutschland wie militärisch, so auch wirtschaftlich den vollständigen Zusammenbruch bringen. Es wurde nicht nur vorhergesagt, daß Deutschland die Lebensmittelmittel zum Frieden zwingen werde, es wurde auch ein fürchterlicher Mangel an Rohstoffen der verschiedensten Art als so sicher hingestellt, daß schon aus diesem Grunde Deutschland das Jahr 1917 nicht mehr werde durchhalten können. Aber auch sonst glaubte man in den Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands allerlei Mißliches voraussehen zu können. So wenig es jedoch gelungen ist, uns militärisch niederzuringeln, so wenig ist auch der wirtschaftliche Niederbruch erfolgt.

Wenn wir Deutschlands Wirtschaftsleben während des vergangenen Jahres betrachten, so ist es nicht angebracht, Schönfärbereien zu treiben; denn es ist ganz naturgemäß, daß der launig dauernde, mit den härtesten Mitteln und mit früher für undenkbar gehaltenen Kosten durchgeführte Krieg gegen Feinde, die uns alle überflüssigen Verbindungen abgeschnitten haben, auch in unserem Wirtschaftsleben zu den alleräußersten Störungen geführt hat. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Lage des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahre fast durchweg wieder recht günstig war und daß das deutsche Volk im Laufe des Jahres mehr als 25 Milliarden Mark in Kriegsanleihen zeichnete. Wir müssen uns dabei immer vor Augen halten, daß jetzt im wirtschaftlichen Sinne recht wenig produktive Arbeit geleistet wird, weil der größte Teil der geleisteten Arbeit zur Fortführung des Krieges notwendig ist, also zu einem Zweck, der wohl Werte vernichtet, aber keine neuen schafft. Dabei muß weiter berücksichtigt werden, daß in ganz Deutschland in vielen Industrien, Gewerbebetrieben und Handelsunternehmen ungeheure Summen durch Verkauf der Warenbestände und dadurch frei geworden sind, daß Unternehmungen, die der Krieg lahmgelegt, keine Betriebskapitalien mehr brauchten. Der Niedergang in vielen Gewerben, die keine Kriegslieferungen haben, hat sich im Jahre 1917 vielfach noch weiter fortgesetzt, und in manchen Gewerben werden auch nach Wiedereintritt des Friedens lange Zeiten vergehen, ehe wieder ein Aufschwung möglich ist.

Wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Geschäftsgang in recht vielen Erwerbszweigen während des ganzen Jahres günstig blieb, so muß dies immer unter Berücksichtigung der vorausgeschickten Bemerkungen und der Tatsache betrachtet werden, daß gerade die leistungsfähigsten Arbeitskräfte unter den Fahnen stehen. Im Produktionsprozeß fehlen Millionen, die sonst darin tätig wären, so daß also von vornherein die Zahl der leistungsfähigen produzierenden wesentlich geringer ist als in Friedenszeiten. Die Tatsache allein, daß die dabei beschäftigten leisten Arbeit finden und daß viele Erwerbszweige in Folge hochlohnender Aufträge haben, darf immer nur nach der Richtung hin

gewertet werden, daß dadurch der Stand unseres Nationalvermögens nicht verbessert wird, daß zwar viele Unternehmer reich werden und die Arbeitslosigkeit geringer ist, daß aber dafür die Schulden des Reiches, der Einzelstaaten und der Städte ständig wachsen. Zu einem großen Teil gehören wir also am Nationalreichtum. In dieser Beziehung sind wir aber immer noch besser daran als unsere Feinde, weil bei ihnen viel größere Summen ins Ausland gehen als bei uns. Dies und die Vernichtung eines großen Teils der Handelsflotte läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß Deutschland nach Friedensschluß immer noch günstiger dastehen wird als unsere Hauptfeinde England und Frankreich, aber unsere eigene Schwächung bleibt deshalb doch bestehen.

Spricht man vom wirtschaftlichen Deutschlands, so muß man zweierlei in Erwägung ziehen: den Reichtum und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, jenseit dieser eine Folge des technischen Fortschritts, einer guten Draination und einer intelligenten und geschickten Arbeiterkraft ist. Sind wir auch in Deutschland zweifellos ärmer geworden, so hat sich eben so zweifellos unsere Leistungsfähigkeit zur Hervorbringung wirtschaftlicher Werte während des Krieges und auch im Jahre 1917 nicht verringert, sondern eher noch erhöht. Hier liegt der Punkt, in dem sich alle unsere Feinde getäuscht haben und der uns die Gewißheit erkennen läßt, daß sich Deutschland nach dem Kriege auf dem Weltmarkt, namentlich bei der Ausfuhr von Fabrikaten reich wieder eine wichtige Stellung erringen wird. Schließlich hat der Krieg mit seinen Folgen für uns nicht nur eine Basis, sondern auch eine Aktivseite. Es sei hier nur auf das hingewiesen, auf die weitreichende Anwendung von Ersatzmaterialien. Der Mangel an Rohstoffen hat die deutsche Industrie dahin geführt, daß bei der Herstellung von industriellen Erzeugnissen immer mehr Ersatzstoffe verwendet werden mußten; Rohmaterialien, die nicht vom Ausland beschafft zu werden brauchten. Dabei sind Erfahrungen gemacht worden, die sicher noch lange nachwirken werden, die der deutschen Industrie vielfach ganz neue Wege gewiesen haben oder die Bearbeitungsweisen, die im Keime schon vorher bestanden haben, rasch zu einer ungeahnten Entwicklung brachten. Wir brauchen nur an die Pulverindustrie zu erinnern, bei der man annehmen kann, daß sie allein im Jahre 1917 eine Entwicklung durchgemacht hat, wozu in friedlichen Zeiten vielleicht Jahrzehnte notwendig gewesen wären. Noch in anderen Industriezweigen sind solche Veränderungen in der Bearbeitungsweise zu beobachten.

Gerade der Umstand, daß Deutschland während des Krieges von den Hauptabsländern abgeperrt, daß also eine Ausfuhr dorthin unmöglich war, hat in der deutschen Industrie zu Versuchen geführt, die sonst in diesem Umfang nicht gemacht worden wären. Auch der Mangel an Arbeitskräften hat zu Änderungen geführt, die eine höhere Leistungsfähigkeit erreichten, und diese Änderungen kommen nicht nur für die Industrie in Betracht, sie treffen auch für die Landwirtschaft zu. Wohl zu seiner Zeit ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen so groß gewesen wie jetzt. Es sind also nicht nur dunkle Seiten, die wir als Folgen des Krieges zu sehen brauchen, es gibt auch helle. Und diese werden sich noch wesentlich leichter gestalten, wenn wir im neuen Jahre erst mit Ausland den Frieden abgeschlossen haben. Wenn Deutschland nach Westen hin weiter Krieg führen muß, haben unsere Feinde auch im Jahre 1918 keine Aussicht, uns wirtschaftlich niederzuwürgen, und die hohe technische Leistungsfähigkeit Deutschlands gibt uns die Gewißheit, daß nach dem Frieden deutsche Waren auf dem Weltmarkt auch wieder Absatz finden werden.

A. M.

### Die Mitwirkung der Genossenschaften in der Lebensmittelverteilung.

Zu Beginn des Weltkrieges haben sich die Behörden genötigt, die Lebensmittelverteilung selbst in die Hand zu nehmen, weil der private Handel sich unfähig erwies, die Bevölkerung mit guten Waren zu annehmbaren Preisen zu versorgen, obwohl ein eigentlicher Mangel an Lebensmitteln noch gar nicht vorhanden war. Im weiteren Verlaufe des Krieges wurden die behördlichen Eingriffe in die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens immer zahlreicher und umfangreicher, bis sich zuletzt eine förmliche Kriegswirtschaft entwickelte, bei der man es leider von Anfang an verkannt hatte, die Genossenschaften, diese wichtigen wirtschaftlichen Organisationen, zur Mitarbeit in der Regelung der Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel in weitestem Umfang mit heranzuziehen.

Weder wurden die bestehenden landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften noch auch die städtischen Verbraucher-genossenschaften irgendetwas berücksichtigt, erst ganz allmählich sah man sich bewegen, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dabei hat sich dann gezeigt, daß überall dort, wo die genossenschaftlichen Erfahrungen und Einrichtungen dem beabsichtigten Zwecke dienlich gemacht werden die Sache viel besser klappt als dort, wo die Behörden sich auf ihre eigene Sachkenntnis verlassen oder sich auf private Sachverständige stützen. Wir haben Städte in Deutschland, in denen die Konsumgenossenschaft gewissermaßen das Rückgrat der Warenverteilung bildet und ihre Aufgabe in anerkannter Weise löst. Demgegenüber gibt es auch andere, die aus kurzfristiger Mitleidenspolitik heraus die Konsumvereine möglichst beiseite schieben und die Sache allein machen, wobei sich natürlich allerlei Mängel zeigen.

Neuerdings werden auch die ländlichen Genossenschaften immer mehr in der Lebensmittelverteilung zur Mitarbeit herangezogen, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß ihre Tätigkeit sehr nützlich ist. Es ist festgestellt worden, daß überall dort, wo es sich um die Erziehung der Milch-, Butter- und Fetterzeugung handelt, die Durchführung der behördlichen Bestimmungen viel besser vorantreibt geht, als wenn die Genossenschaften ausgeschlossen sind. Auch die Veranschaulichung von Eiern, Fett und Gemüse durch die Genossenschaften hat sich sehr gut bewährt. So hat zum Beispiel im Großherzogtum Hessen der Verband ländlicher Genossenschaften die Geschäftsführung der Landes-Milch- und Fettstelle übernommen. Zu seinen Obliegenheiten zählt in erster Linie die Sorge für eine möglichst reibende Erhaltung der Milchzeugung des Großherzogtums, der Erlaß etwa hierzu notwendig werdender Verordnungen, die Durchführung der notwendigen Kontrollen der Butterzeugung sowie endlich die Aufstellung eines monatlichen Verteilungsplans sowohl für die im Großherzogtum Hessen erzeugte Butter wie auch für die gemäß Verfügung der Reichsstelle für Speiseleite zur Antilieferung kommende Butter aus den Ueberflüssigbetrieben Bayerns und Württembergs. Er hat an Hand des Verteilungsplans die ordnungsgemäße Verteilung der Butter an die in Betracht kommenden Bedarfsgemeinden sowie den Ein- und Ausgange der über die Verteilungsstelle laufenden Butter zu überwachen. Außerdem liegt das gesamte Rechnungswesen, sowohl hinsichtlich der Molkereien wie auch der belieferten Gemeinden, in seinen Händen. Monatlich erfolgt die Abrechnung mit der Verwaltung der Landes-Milch- und Fettstelle über den gesamten Ein- und Ausgang und mit der Reichsstelle über die anverkauften außerbetriebliche Butter. Die Butterverteilung zerfällt in direkte Lieferungen von Molkereien an Bedarfsgemeinden und in Ablieferung der Ueberflüsse an die hierfür bestimmte Verteilungsstelle sowie deren Weiterleitung durch diese. Die direkte Lieferung der Gemeinden wie auch die Weiterleitung durch die Verteilungsstelle erfolgen an Hand des durch die Verwaltung abteilung monatlich aufzustellenden Verteilungsplans. Sollte, was indes selten vorkommt, eine größere Menge anverkauft werden als in dem Verteilungsplan vorgesehen, so wird solche den ärmeren Gemeinden vorzuzugewiesen aneignet, die sich zur Einlagerung auf ihr Risiko bereit erklären. Grundsätzlich ist das Verrechnungswesen dahin geregelt, daß die Molkereien der Geschäftsabteilung sämtliche gelieferte Butter, einleiert, ob solche den Gemeinden direkt anverkauft wurde oder ob die Ablieferung an die Verteilungsstelle erfolgte, in Rechnung zu stellen haben. Wesentlich erfolgt die Verrechnung der Rechnungen durch die Zentralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften auf Grund einer durch die Geschäftsabteilung anzufertigenden Anweisung. Die Antilieferung von den hessischen Molkereien betrug in den vier Monaten Januar bis November rund 8600 Tonne Butter, wozu noch ungefähr 4500 Tonne Butter von auswärts kamen. Es werden durch die Geschäftsstelle 480 Gemeinden sowie 50 Kreisämter, industrielle Werke usw. versorgt.

Das Zusammenarbeiten der Kriegsorganismen mit den Genossenschaften, wie es hier der Fall ist, hat sich als recht nutzbringend erwiesen. Es ist so auch klar, daß bestehende wirtschaftliche Organisationen, die Erfahrung und alte Verbindungen haben, besser geeignet sind, die Verteilungsarbeit zu leisten als neu gebildete Behörden, die sich lediglich auf ihre Autorität stützen. Soffentlich greift die Einsicht in den machenden Preisen immer weiter um sich, daß man wirtschaftliche Organisationen nicht aus dem Kessel schütteln kann, sondern allmählich aufbauen muß.

# Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 4. Januar 1918.

**Denk an den parlamentarischen Fonds!** An anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichten wir die 3. Mitteilung über eingekündete Beiträge für den parlamentarischen Fonds. Die Summe, die bisher eingegangen ist, ist gewiss recht stattlich, aber sie reicht bei weitem noch nicht aus, dem in weitesten Kreisen der Gewerkschaften gebührenden Anteil zu erhalten. Erfüllung zu bringen. Dazu sind die Anforderungen eines Wahlkampfes zu groß. Außerdem kann man sich des Eintrags nicht erwehren, als wenn die Überwältigung und der Sieg für diese Sache hier und da bereits nachgelassen hätte. Das darf auf keinen Fall eintreten. Dazu muß uns der Zweck, zu dem gesammelt wird, zu heilig sein, umsonst als beschränkte Summe bezieht, bei den nächsten Parlamentswahlen einen oder auch mehrere Millionen durchzubrennen. Wir dürfen also nicht auf halbem Wege stehen bleiben und kurz vor dem Ziele Halt machen. Gerade jetzt mehr als je gilt es zu zeigen, daß wir sich entschließen sind dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften eine parlamentarische Vertretung auch aus ihrer eigenen Reihen erhalten. Es darf nicht mehr vorkommen, daß auf den Parlamentstribünen nur die Vertreter anderer Organisationsrichtungen zu Worte kommen. Lange genug haben wir diesen Zustand ertragen, und oft genug ist darüber geklagt worden. Wenn wir oder jemand schaffen wollen, dann müssen wir uns selbst etwas dazu tun, und zwar mehr, als bisher geschehen ist. Es gibt leider noch recht viele Ortsverbände und Ortsvereine, die auch noch nicht den geringsten Beitrag zum parlamentarischen Fonds eingekündigt haben. Hier scheint man sich noch nicht klar darüber zu sein, welche Bedeutung es für unsere Organisation haben muß, wenn einzelne Kollegen in den Parlamenten tätig sind und dort für unsere Anschauungen und Forderungen wirken können. Andererseits ist uns bekannt, daß in zahlreichen Ortsverbänden und Ortsvereinen Beschlüsse vorliegen, alljährlich einen bestimmten Beitrag für den parlamentarischen Fonds zu zahlen. Wir benutzen diese Gelegenheit, die betreffenden Kassierer an die Einkündigung der fälligen Beiträge zu erinnern. Die Hauptfrage jedoch ist, daß diesem anerkanntswürdigen Vorhaben sich noch recht viele andere Stellen anschließen. Keinesfalls aber darf jetzt die antonius bekundete Überfreundlichkeit erlahmen. Ein kleines Zuerstsein kann jeder einzelne beitragen, und in jeder Gewerkschaftsversammlung sollte auf den guten Zweck hingewiesen werden. Mit Redensarten: Wir wollen eine parlamentarische Vertretung haben, ist es allein nicht getan. Wir müssen uns auch selbst rühren und durch Taten unseren Willen bekunden. Also fort mit der Gleichmütigkeit in diesen Dingen! Sorgt überall dafür, daß dem parlamentarischen Fonds immer neue Mittel zufließen!

**Eine recht eindringliche Mahnung** haben zur Jahresende die deutschen landwirtschaftlichen Organisationen gemeinsam an die Landwirte und Bauern gerichtet, um sie zur reiflichen Ablieferung ihrer Produkte zu veranlassen. Nach einem Hinweis auf die gewaltigen Anstrengungen und Leistungen der Truppen an der Front heißt es in dem Aufruf:

„In der gemaltigen letzten Kraftanstrengung ist nicht nur das Durchhalten draußen notwendig, ist nicht nur die Nervenkraft unserer kämpfenden Soldaten erforderlich, ist nicht nur die reifliche Herstellung von Munition, Granaten und Waffen unerlässlich, sondern ebenso auch das Durchhalten im Innern. Die fortgesetzte Verkömmerung von Lebensmitteln und ihre reifliche Ablieferung an alle bedürftigsten Kreise des Volkes draußen und drinnen sind zum entscheidenden Siege und zur Gewinnung eines ehrenvollen Friedens, der unserem Volke die Zukunft sichert, die dringendsten Aufgaben der Heimat und insbesondere unserer Landwirte. Es handelt sich um den Sieg und das Wohlbefinden unseres Volkes!“

Wohl wissen wir alle, in wie mühseliger und harter Arbeit die Landwirte und vor allem ihre Frauen, Töchter und noch nicht erwachsenen Söhne jetzt im Dienste der Sache die Lebensmittel abbringen müssen. Es ist für alle Zeiten und für die kommenden Geschlechter in die Tafeln der Geschichte eingegraben, welche großen patriotischen Verdienste sich die Landwirtschaft in diesem blutigen Kampfe erworben hat. Ohne sie wäre das Vaterland längst verloren. Aber es gilt jetzt, das Letzte herzugeben, was der Landwirt irgendwie entgegenbringen kann. Am den letzten entscheidenden Schlag mit allem Kraft

druck ohne Erschöpfung durchzuführen, müssen Menschen und Tiere ungeschwächt in den Endkampf eintreten können.

Wir richten deshalb an alle deutschen Landwirte die herzlichste Bitte, das Vaterland nicht im Stich zu lassen. Jeder Zentner Hafer, jeder Zentner Weizen, jedes Pfund Butter, jedes Pfund Fett und jedes Liter Milch, die der Landwirt mehr als bisher abgibt, helfen zum Siege.

Darum erwidere ein jeder Landwirt noch einmal, was er an seinen Vorfahren abgeben könnte: nicht im Wege des Schleichhandels, der nur den Reichen zugute kommt, während die arme Bevölkerung darben muß, sondern an die öffentlichen Verteilungsstellen. Doppelt gilt, wer faulig geht! Ein jeder Landwirt möge den Vorkriegsstand an sich bezeugen, gleichfalls sein Zuerstsein zum Wohle über unsere Feinde bezeugen.“

Wir wünschen freudig jedes Mittel, das dazu beiträgt, eine gleichmäßigere und gerechtere Verteilung der kriegsbedingten Lebensmittelmittel herbeizuführen. Wenn dem Anfrufe dieser Erlöse behilflich sein sollte, würden wir betrockt sein. Die gemachten Erfahrungen sind aber nicht gerade ermutigend. Doch hoffen wir das Beste!

\* \* \*

**Eine Reichsstelle für einheimische Verkehrsleistungen** fordert in den „Deutschen Stimmen“ der Reich. Geheimrat Dr. Kirchhoff. Der Verfasser ist nicht ein reaktionärer Schwärmer, sondern ein Mann, der selbst viele Jahre an hervorragender Stelle in der preussischen Eisenbahnverwaltung tätig gewesen ist und sich über durch seine sachkundige Kritik die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt hat. In der genannten Zeitschrift schreibt nun Dr. Kirchhoff u. a.:

„Mein Land der Welt hat so manche Vorbedingungen für ein einheitlich geleitetes Verkehrsweesen wie Deutschland. Zahl der Eisenbahngesellschaften, Zahl der Schiffe des Verkehrs sind aus dem Ausland durch heftigeres Besondere noch größer, auch während des Krieges noch zersplittert. Das praktische Mangel ist uns darin vorzuziehen, indem es die sämtlichen Eisenbahnen Stück von Eisen unter eine einheitliche Kontrolle gestellt hat. Wie kann man es da verwirklichen, bis uns die Verkehrsmittel zerfallen zu lassen? Es fehlt der Reichsstelle für ein einheitlich geleitetes Verkehrsweesen als Voraussetzung für ein einheitlich geleitetes Verkehrsweesen. Die preussische Eisenbahndirektion übertrifft nicht (wie noch es sich in finanzieller Beziehung allein um ein Objekt von einer Milliarde jährlicher Bilanzverrechnung handelt). Wer berechtigt denn nun die Sache? Welche Anträge auf Verbesserung im Eisenbahnenwesen erfolgen von parlamentarischer und sachmännlicher Seite. Wer garantiert darauf?“

Die totale bürokratische Abschlossenheit und Unschärfe in Dingen (wie die Verbotung der D. Z. - Aufsätze, die sonstigen Tarifbestimmungen, großen Hauptverkehrsleistungen), die die Öffentlichkeit in ganz Deutschland zu bitel angehen, kann doch in solchen Zeiten nicht weiter bestehen bleiben. Vor allem muß aber die Reichsstelle eingesetzt werden. Man denke, um was es sich handelt. Je länger der Krieg dauert, desto weniger zeigen sich die selbständigen Eisenbahnenführer den von allen Seiten auf sie eindringenden Aufgaben gewachsen, während die Reichsstelle immer mehr steigt. Was soll erst werden, wenn nach siegreich beendeten Kriege alles aufeinander plößt, wenn der Rücktransport der Truppen und Gefangenen, des Krieges- und Baumaterials sich kreuzt mit dem Transport der Nachschubmittel und der aufsteigenden Warenmengen, der zurückgefallenen Ausfuhrmassen und Rohstoffe? Die Aufgaben, die dann an das Verkehrsweesen herantraten, erheben schon jetzt abenteuerlich eine einheitliche Leistung im Dienste und Interesse der Gesamtheit. Sachkundige Land wird nach dem Kriege sich am schnellsten wirtschaftlich erholen, welches über ein einheitlich geleitetes Verkehrsweesen verfügt.“

Bei aller Anerkennung der Leistungen unseres Eisenbahnwesens auf militärischem Gebiete muß doch gesagt werden, daß namentlich in den letzten Monaten sich da, wo es sich um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle handelte, Zustände herausgebildet haben, die allergrößte Mißstimmung hervorgerufen geeignet waren. Hilfe wäre da dringend zu wünschen, und ein Weg dazu scheint uns in Kirchhoffs Vorschlägen zu liegen.

Wenn es gegen die Arbeiter geht, dann finden sich „Arbeitgeberzeitung“, Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände, und „Deutsche Tageszeitung“, Organ des Bundes der Landwirte, in inniger Seiltesgemeinschaft zusammen. Mit großer Begeisterung und selbstverständlich in durchaus zustimmendem Sinne beschäftigt sich die „Arbeitgeberztg.“ mit einem kürzlich in dem

andern genannten Blatte erschienenen Aufsatz über die Entwicklung der Lohnsätze, in dem betont wird, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Nahrungsmittel usw. die natürliche Gestaltung der Preisverhältnisse unterbunden habe, während andererseits die Arbeitskraft von allen Preisregeln freigeblieben und daher stellenweise bis zu phantastischen Gegenwerten hinaufgeschraubt worden sei.

„Wir denken“, so schrieb die „Deutsche Tagesztg.“ nicht allein an die Munitionserbeiter mit ihren Kistenbüchern, bis tausend Mark im Monat, sondern vornehmlich an die heute allgemein für die Arbeiter zu zahlenden Löhne, zu denen sich neuerdings auch die Entschädigung für die im Hilfsdienst beschäftigten Personen gesellt. Dieser hochentlohneten Volksschicht steht die große Zahl der Heimgelassenen gegenüber, der während des Krieges nur zum Teil, und zwar auch oft unzulänglich, ihre Einnahmen erhöht wurden. Diesen ergibt es ähnlich wie den Produzenten. Sie sind an das harte System gebunden und müssen warten, bis ihnen die Aufrechnung zuteil wird. Nur für die Löhne der zurückgebliebenen Bevölkerung gilt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, und die Knappheit der Arbeitskräfte regelt dieses Gesetz allein zu ihren Gunsten. Ohne jede Hemmung durch Bundesratsverordnungen, wie es für die Erzeugnisse der Landwirtschaft vornehmlich geschehen ist, gehen und gehen die Arbeitslöhne fortgesetzt nach oben.“

Ueber die „phantastischen Löhne der Arbeiter“ noch ein Wort zu verlieren, dürfen wir uns nachgerade erparen. Zusammen müssen wir ferner den Verurteilungen über die unzulässige Erhöhung der Einnahmen der Festangestellten. Wenn es aber so dargestellt wird, als wenn die landwirtschaftlichen Produzenten durch die bundesrätlichen Bestimmungen schwer geschädigt worden seien, so muß dagegen ganz entschieden Widerspruch erhoben werden. Sicherlich haben die Landwirte insofern der Festsetzung von Höchstpreisen, wenigstens öffentlich, nicht die die Breite fordern können, die ihnen geschenkt waren. Und das war gut so! Aber man sollte doch nicht vergessen, daß die Höchstpreise immer erst dann festgesetzt wurden, wenn die Waren eine Preisstöße erreicht hatten, die ein Einschreiten notwendig machten. Denn es kann doch wohl nicht bestritten werden, daß trotz der Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Kartoffeln, Milch, Fleisch, Eier usw. um das Vielfache höhere Preise bezahlt werden mußten als in Friedenszeiten, ganz abgesehen von der Umgehung der Höchstpreise, die gerade in landwirtschaftlichen Erzeugnissen die größte Ausbeutung angenommen hat. Unter solchen Umständen ist es wirklich der Gipfel der Gerechtigkeit, immer und immer wieder die hohen Löhne der Arbeiter zu befrachten und gleichzeitig über die angebliche Schädigung der landwirtschaftlichen Erzeuger wehleidig zu klagen. Im Wolfe, und zwar nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, denkt man darüber anders, und die „Arbeitgeberztg.“ hat bei der Heranziehung der „D. Tagesztg.“ als Kronzeugin für die Notwendigkeit der Herabsetzung der Arbeitslöhne eine recht unglückliche Hand gehabt.

**Deutsche Faserstoffausstellung.** Auf Anregung und unter Führung der Reichs-Verleumdungsstelle soll von Mitte Februar bis etwa Ende März 1918 in Berlin, Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, von einem für diesen Zweck besonders gegründeten Verein eine „Deutsche Faserstoffausstellung“ veranstaltet werden. Es gilt dem In- und Auslande zu zeigen, daß Deutschland auch auf dem Gebiete der Textilindustrie imstande ist, Erzeugnisse zu beschaffen, die das Durchhalten im Kriege ermöglichen. Der deutschen Landwirtschaft soll die Ausstellung die Bedeutung der einheimischen Faserstoffgewinnung erweisen und sie zur Kultur und Gewinnung der geeigneten Pflanzen anregen. Dem Fabrikanten soll sie zeigen, wie er seinen Betrieb von der Zufuhr ausländischer Rohstoffe unabhängig machen kann, welche Versuche mit der Verwendung von einheimischen Fasern bereits angestellt und welche Erfolge hierbei erzielt worden sind. Er soll einen Ueberblick über die bisher aus einheimischen Faserstoffen (Zellstoff-Papier, Flachs, Sank, Nessel, Lypha usw.) hergestellten Waren und die bei ihrer Herstellung verwendeten Materialien und Maschinen erhalten und sich überzeugen können, welche weiteren Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiete bestehen. Der verbrauchenden Bevölkerung und der Industrie soll die Ausstellung heranschaulichen, welche neuen Waren ihnen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, insbesondere an Bekleidung und Wäsche, außerdem für technische und industrielle Zwecke, zur Verfügung stehen.

Ausgestellt werden alle einheimischen Faserstoffe, Holz- und Gasaufbereitete aus diesen sowie Milchgewebe, Rajchinen, Werkzeuge und deren

Zugehörteile zur Bearbeitung dieser Fasertoffe. Dabei soll insbesondere auch der technische Werdung der Herstellung gezeigt werden, wobei Maschinen im Betrieb vorgeführt werden können. Statistische und graphische Darstellungen und, wenn angängig, sachtechnische Vorträge unter Vorzeigung von Lichtbildern und Führungen sollen der Vertiefung des Gebotenen dienen.

Nach Abschluß der Berliner Veranstaltung ist die Ueberführung der Ausstellung nach Köln oder Düsseldorf, Frankfurt a. M., Stuttgart, München oder Nürnberg, Dresden oder Leipzig und späterhin auch nach Wien, Budapest, Sofia und Konstantinopel in Aussicht genommen.

Eilige Notstandsmaßnahmen zur Bekämpfung der Kleinwohnungsnot in München. Wie vor kurzem in einer Münchener Magistratsitzung mitgeteilt wurde, finden sich bereits täglich im Bureau des Referenten für Wohnungsweisen Frauen mit Kindern ein, die keine Wohnung finden können. Es wurden daher vom Münchener Magistrat — abgesehen von weitergehenden Plänen zur Sehung des Kleinwohnungsbaues nach dem Kriege — eine Reihe eiliger Notstandsmaßnahmen beschlossen, u. a. Erfundigung darüber, ob im alten Holzgebäude und in der alten Schwebereier-Kaserne Räume zur Verfügung gestellt werden können. Weiter soll die Stadtgemeinde suchen, alle leerstehenden Läden, Werkstätten, Wirtschaftskäse usw., die sich zum Einbau von Wohnungen und zur Unterbringung obdachloser Familien eignen, zu mieten. Das Stadtbauamt soll die Räume, die hierfür gemeldet werden, auf ihre Eignung prüfen. Auch das Kriegsamtsamt soll gebeten werden, umgehend verfügbare Räume für diesen Zweck abzugeben. Zur Vornahme dieser Arbeiten ist die Bereitstellung von zunächst 100 000 Mark aus Mitteln des Kriegswohlfahrtsfonds beschlossen worden. Es hat auch bereits eine Besprechung mit Vertretern der Ortsgruppe München des Bayerischen Industriellenverbandes stattgefunden, die sich mit der Bereitstellung von Baracken für Notwohnungen befaßt.

Zur Kohlenverforgung. Noch immer sind einzelne behördliche Stellen mit Erfolg bemüht, die öffentliche Bewirtschaftung unbeliebt zu machen. In diesen Stellen gehört vor allen Dingen der Reichskommissar für die Kohlenverforgung. Im Sommer verpakte man systematisch die günstige Gelegenheit zur Vorverforgung und ermöglichte es den wohlhabenden Samstern, sich eine Reserve zu schaffen, so daß die Rationierung des Hausbrandes wieder nur die trifft, die ohnehin unter der Kriegsnot am stärksten zu leiden haben. Und auch die geringen zugebilligten Mengen können vielfach nicht geliefert werden, weil die Eisenbahn gleichzeitig Kartoffeln und Kohlen fördern soll und dieser Aufgabe neben der Bewältigung der militärischen Transporte natürlich nicht gewachsen ist. Wie verhängnisvoll die gar nicht wieder gut zu machenden Veräumnisse wirken, zeigt die Mitteilung der Weiliger Feilstätten, die mehr als 1000 Lungentranke beherbergen, daß sie wegen Kohlenmangel wahrscheinlich im Januar ihre Pforten schließen müssen. Eine im November ausgesprochene Bitte um ausreichende Kohlenverforgung fand die merkwürdige Erledigung, daß im Dezember weniger Kohlen als sonst zugewiesen wurden. Alle verantwortlichen Stellen haben die Bedeutung der Bekämpfung der Lungentuberkulose erkannt; der Reichskommissar für die Kohlenverforgung macht aber alle diese Arbeit zunichte, denn für die mehr als 1000 Inassen der Weiliger Feilstätten ist die begonnene Behandlung so gut wie vergeblich gewesen, wenn sie jetzt zur Unterbrechung gezwungen und den unzulänglichen Ernährungszuständen vor Beendigung der Winterkur ausgeliefert werden.

Unter Verwendung von reichlich viel Druckerkräfte wird den Verbrauchern alle Augenblicke erzählt, daß es gelungen sei, die Kohlenverforgung zu steigern und die Friedensproduktion zu erreichen. Was helfen diese dabiernen Versicherungen, wenn durch so harte Taktiken die Mängel der Organisation bewiesen werden?

Bulgarisches Völkerecht. Wir betauern alle in dieser Zeit die anscheinend ungeschwächte Kraft des bulgarischen Volkes, das nach zwei überaus blutigen und erditterten Kriegen jetzt noch immer ist, wiederum schon länger als 2 Jahre an unserer Seite eine so große Kraft im Kampfe zu entfalten. Wandaer wird sich schon gefragt haben, wo die Wurzeln solcher Volkskraft liegen. Man höre:

In Bulgarien dürfen nicht mehr als 200 Morgen unter der Hand käuflich vereinigt werden, und deshalb

ist das Land frei von Großgrundbesitzern. Dafür aber ist der Kleingrundbesitz so in Bulgarien verbreitet, daß auch der Kernte der Armen wenigstens eine ertragsreiche Bergwand sein eigen nennt und 50 bis 80 Köpfe Schafe und Ziegen zur Weide bringt. Da nun jeder auf der eigenen Scholle bei entsprechender Aufwendung von Fleiß seines Seibes Roharbeit und Nahrung decken kann, so ist es schwer, eine größere Zahl von Arbeitskräften für industrielle Zwecke zu erhalten. Meistlich ist auch das ein Grund dafür gewesen, daß abgesehen von den drei Zuckerrüben, einigen Kalkbrennereien und den wenigen Molkereien, keine industrielle Betätigung im Lande vorhanden gewesen ist. Aber auch diese wenigen vorhandenen Industrieanlagen haben in ihrer Arbeiterzahl das Charakteristikum, daß diese Arbeiter in der Nähe der Fabrik als landwirtschaftliche Kleinbesitzer tätig sind und nur in der Woche einen bis vier Tage sich in der Fabrik als Arbeiter betätigen. In der anderen Zeit arbeiten sie auf der eigenen Scholle. Die Leute, die sich so als Industriearbeiter betätigen, haben die Mühsal, in einigen Jahren in der Fabrik sich etwas Geld zu ersparen und dann das eigene Häuschen besser auszubauen. Sie bleiben in den meisten Fällen diesem Grundbesitz treu, und sowie das Ziel des guten Ausbaues erreicht ist, hört die Tätigkeit in der Industrie meistens wieder auf. In den Fabriken, die ganz in landwirtschaftlichen Zentren liegen, z. B. Bergwerksunternehmungen, hat die Arbeitererschaft ein ganz anderes Gepräge. Die Gemeindevorsteher der umliegenden Ortschaften sind in den Fabriken in der Regel als Vorarbeiter beschäftigt. Sie sind die intelligentesten ihres Heimatortes, können lesen und schreiben, sind fähige Zeitungsgenossen und — was nicht erwehnt behrte — meistens sehr gute Freunde der Deutschen. Sie sind die treibenden Kräfte, die in der stücklichen Mischung von industrieller und landwirtschaftlicher Betätigung für ihr Dorf und Kirchspiel eine Förderung erkennen.

Diese Ausführungen entnehmen wir einem Aufsatz Th. S. in der „Deutschen Lebendzeitung“ (Nr. 2). Was solche Befestigung bedeutet für die nationale Kraft, das sehen wir in der gegenwärtigen bulgarischen Geschichte. — Daß hier die neue kapitalistische Entwicklung, wie sie die Königin Eleonore vorausah, geradezu umstürzlerisch wirken muß, liegt auf der Hand. Möge dem tüchtigen Volke ein glücklicher Ausgang beschieden sein!

## Amflicher Teil.

### 3. Quittung

über eingezahlte Beiträge für den parlamentarischen Fonds vom 10. Juli bis 31. Dezember 1917.

Bergarbeiter: Sordel 21. 3,00. Eisenbahner: Berlin 14,00. Fabrik- und Handarbeiter: Witterfeld 20,00. Gulauf 5,00. Britz 3,00. Sprottau 24,00. Walter, Radierer etc.: Berlin I 10,00. Berlin II 5,00. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Altwasser 15,00. Berlin II 30,00. Berlin V 25,00. Berlin XII 11,00. Berlin XIII 10,00. Bremen I 3,66. Bremen II 1,85. Böbel 5,00. Essen I 12,50. Saaren 3,00. Samsburg 15,00. Hannover 10,05. Sordel 3,00. Ppeln 6,00. Stuttgart-Verg 2,00. Textilarbeiter: Erlangen 2,00. Weihen 10,00. Ortsverbände: Samsburg 15,00. Hamm 40,00. Keln 15,00. Boien 23,00. Ratibor 8,00. Ortsverbandskonferenz in Gbenm 46,00. Privat: Wosmann-Schramberg 2,00. Winter-Schramberg 1,00. Summa Mark 402,05. Bereits quittiert 2098,58. Summa Mark 2500,63.

Berlin, den 1. Januar 1918.

H. Klein, Verbandskassierer.

## Aus dem Verbands.

Berlin. Die 506. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am 6. Januar 1918, abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses statt. Zum Vortrag gelangen Rinderlieder, erzählt von Frau Anna Kolthow, gesungen von Frau Ladmann-Schau, ferner Fräulein Charlotte Rosen: Violin.

Stettin. Die kürzlich hier abgehaltene Ortsverbandskonferenz war von 46 Vertretern der Provinz Pommerns und Mecklenburgs besucht. Nach dem Vortrage des Verbandsvorsitzenden Kollegen Hartmann-Berlin über die Frage: „Was muß zur Förderung unserer Gewerbetreibenden geschehen?“, setzte eine rege Aussprache ein, die den freien Willen aller Teilnehmer erkennen ließ, an dem Vorwärtskommen der Gewerbetreibenden in unserm Bezirk mitzuarbeiten. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Entschlieung an:

„Die in Stettin tagende Ortsverbandskonferenz, auf der Vertreter aller Ortsverbände und Ortsvereine Pommerns und Mecklenburgs anwesend sind, erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und bespricht, die erhaltenden Anregungen in die Tat umzusetzen. Sie erkennt an, daß durch die Gemeinamteitsarbeit der verschiedenen Organisationsrichtungen in allen die Arbeitsgemeinschaft gemeinsam betreffenden Fragen Vorteile erreicht worden sind, und sie hofft, daß diese Gemeinschaftsarbeit auch im Frieden anhält, um die der Arbeiterorganisationen noch bestehenden großen Aufgaben zu erfüllen. Wenn aber diese kommenden Aufgaben gelöst werden sollen, so

müssen alle Ortsverbände und Ortsvereine mit ganzer Kraft für die Stärkung der Gewerbetreibenden aller Ortschaften eintreten. Die Konferenz begrüßt ferner die Erklärungen des Reichstanzlers Grafen v. Hertling, nach denen die Einschränkung des Konfessionsrechts (§ 153 d. B.-G.) beseitigt werden soll. Sie erachtet es aber für dringend notwendig, daß auch in den Landarbeitern ein wirksames Konfessionsrecht gewährleistet wird. Sie begrüßt weiter, daß die Schaffung von Arbeitsstellen von der Regierung beauftragt worden ist, wodurch einem seit Jahren von der Arbeitererschaft gefühlten Bedürfnis Rechnung getragen werden kann.

Die Konferenz erwartet aber auch, daß von seiten der Behörden alles getan wird, um der arbeitenden Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern. Die kann geschehen, wenn alle vorhandenen Nahrungsmittel reichlich erfaßt und gleichmäßig verteilt werden. Die Konferenz erwartet ferner, daß die Reichsleitung, die Staatsregierung und die Gemeindeunberühlig geeignete Schritte in die Wege leiten, um der nach Friedensschluß drohenden Wohnungsnot vorzubeugen.

Dagegen verpricht die Konferenz, daß alle Gewerbetreibenden in Pommern und Mecklenburg auch für die weitere Dauer des Krieges alles tun werden, was das überaus schwere Los unserer wackeren Truppen im Felde erleichtert, und sie spricht über die schweren Opfer herzlichsten Dank aus. Die Konferenz hofft, daß die vom Osten kommenden Friedensnachrichten sich bald verwirklichen und den Völkern den so heiß ersehnten Frieden bringen mögen.

Alfred Hoffmann, Ortsverbandschriftführer

## Versammlungen.

Berlin. Bibliothek des Deutschen Gewerbetreibenden Verbands des Deutschen Gewerbetreibenden (D.-V.) jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 9. Jan., ab. 8½ Uhr. — Rentiergeschäftsverein Groß-Berlin (Ortsb. II D.-V.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Resaurant“, Dirksenstraße 1. Die beiden anderen Dienstage Sitzung, Süpnowstraße 93 bei Gerecht.

## Orts- und Bezirksverbände.

Hannover, Linden und Umgebend (Ortsverband). Sonntag, den 13. Januar 1918, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung bei Herrn B. Behrens, Königswortherstraße 18. T.-O.: Neuwahl. Vertreter sowie Stellvertreter werden erucht, pünktlich zu erscheinen.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Gewerb. u. Textilarbeiter. (Geschäftsleiter für Fittau und Umgebend.) Paul Feiler, Fittau i. Sachl., Bergstr. 7.

## Briefkasten

An die Ortsverbandschriftführer! Von manchen Kollegen, insbesondere von solchen, die erst kürzlich ihr Amt als Ortsverbandschriftführer angetreten haben, wurden folgende, unbedingt zu beachtende Grundzüge außer acht gelassen: Zur Veröffentlichung bestimmter Aufsätze oder Notizen müssen deutlich und nicht zu eng geschrieben sein. Auf die Namen ist besondere Sorgfalt zu verwenden; die Kürzungen sind zu vermeiden. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an der Seite einen freien Rand zur Vornahme unbedruckter Anmerkungen haben. Unbedingt muß vermeiden werden, daß auf solchen Blättern mit Notizen noch irgend welche andere, nicht für das Organ bestimmte Mitteilungen gemacht oder Aufträge erteilt werden. Die durch bewirte Mehrbelastung mit Arbeit kann auch durch die vermeintliche Papierersparnis nicht wettgemacht werden. Im Interesse der Sache bitten wir namentlich die neugewählten Schriftführer, obige Fingerzeige zu beachten.

## Anzeigen-Teil.

### Attenregister für Arbeitersekretariate,

in übersichtlicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Akten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Reichs- und Provinzialstelle der Deutschen Gewerbetreibenden. Dauernder Wert über den Verkauf der behandelten Fälle.

Nr. 1 für 100 Akten Preis 3,00 Mark

„ 2 „ 500 „ 8,00 „

Außerdem empfehlen wir wiederholt:

Eintragungsbücher für die Statistik

Form. D Nr. 1 für etwa 200 Auskünfte 1,50 Mk.

Form. D Nr. 2 „ 500 „ 3,00 „

Form. D Nr. 3 „ 1000 „ 5,00 „

Formulare für Ansuchen und Invalideitsachen.

Form. A für Verurteilungsschriften } 25 Stk.

Form. B „ Returs- bzw. Revisionschriften } 1,50 Mk.

Personalienvergebogen.

Form. C. 50 Stk. 1,50 Mk.

Berechnung zur gegen Bereinigung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstraße 21/22B.